

einem unverhältnismässigen Bürokratismus ausgeliefert würden.

Der Präsident hat schon darauf hingewiesen: Die WAK des Ständerates hatte am 29. Juni 2004, also vor rund neun Jahren, der parlamentarischen Initiative Jenny Folge gegeben. Dann passierte lange nichts, bis zum 29. Juni 2010, das heisst vor knapp vier Jahren, als die WAK des Nationalrates der Initiative keine Folge gab.

Unsere Kommission hat an ihrer Sitzung vom 13. Februar 2014 die beiden Initiativen noch einmal geprüft. Die Kommission beantragt Ihnen mit 12 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, beiden Initiativen keine Folge zu geben.

Zur Begründung möchte ich im Namen der Kommission darauf hinweisen, dass sich das Anliegen in der Zwischenzeit erfüllt hat. Nachdem die Schweizerische Steuerkonferenz ein neues Formular zur Bescheinigung der Löhne ausgearbeitet hatte, gab es eine sehr starke und wirkungsvolle Kritik an diesen Arbeiten. Die Entwürfe dieses neuen Lohnausweises stiessen im Jahre 2004 auf heftigste Gegenwehr, da sie nicht als KMU-tauglich bezeichnet wurden. Vor dem Hintergrund der damaligen Diskussionen wurden diese Initiativen bei den eidgenössischen Räten eingereicht. Ich möchte explizit auf diese Historie hinweisen, weil diese Initiativen damals aus politischer Sicht ein reelles Anliegen aufnahmen. Der politisch erzeugte Druck führte auch zu Resultaten.

Die Formulare wurden schliesslich nach intensiven Gesprächen zwischen der Steuerkonferenz und den Wirtschaftsverbänden überarbeitet, anschliessend im Rahmen eines Pilotprojektes getestet und schliesslich per 1. Januar 2007 eingeführt. Eine zwischenzeitlich durchgeführte Evaluation des Seco hat ergeben, dass sich der neue Lohnausweis bewährt hat. Die Kommission teilt deshalb diese Auffassung und ist der Meinung, dass im Sinne der beiden Initiativen heute kein weiterer Handlungsbedarf mehr besteht und beantragt Ihnen deshalb, beiden Initiativen keine Folge zu geben.

07.307, 04.417

*Der Initiative wird keine Folge gegeben
Il n'est pas donné suite à l'initiative*

Präsident (Germann Hannes, Präsident): Die parlamentarische Initiative Jenny ist damit erledigt. Die Standesinitiative Zürich geht an den Nationalrat zur Vorprüfung.

12.314

Standesinitiative Bern. Zusammensetzung des Nationalrates

Initiative cantonale Berne. Composition du Conseil national

Vorprüfung – Examen préalable

Nationalrat/Conseil national 16.09.13 (Vorprüfung – Examen préalable)
Ständerat/Conseil des Etats 20.03.14 (Vorprüfung – Examen préalable)

Präsident (Germann Hannes, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt, der Initiative keine Folge zu geben.

Cramer Robert (G, GE), pour la commission: Dès l'instant où chacun a pu lire attentivement le rapport écrit reçu de la commission, il n'y a rien à ajouter.

Stöckli Hans (S, BE): Es ist etwas schwierig, weil ich ein winziger Teil des Problems bin. Wenn ich nicht als Ständerat gewählt worden wäre, dann wäre jetzt dieses Problem nicht auf dem Tisch.

Das Anliegen ist vom Grundsatz her tatsächlich berechtigt. Es ist richtig, dass eine Region, welche eine andere Sprache spricht, auch ein Anrecht haben soll, im Bundesparlament

vertreten zu sein. Das Problem ist nur, dass ich etwas enttäuscht bin, in welcher Art und Weise der Grosse Rat des Kantons Bern mit Unterstützung der Regierung das Problem, das ein bernisches Problem ist, auf Bundesebene hissen will.

Sie haben uns einen Vorstoss unterbreitet, der an sich keinen Lösungsansatz zeigt, sondern nur eine Problembeschreibung beinhaltet. Sie haben es verpasst, mit anderen Kantonen, die ebenfalls mehrsprachig sind – Graubünden, Wallis oder Freiburg –, Kontakt aufzunehmen. Wir wissen, dass diese Kantone gar kein Interesse daran haben, weil sie auch keine diesbezüglichen Probleme kennen.

Diesbezüglich ist es schon etwas schwierig, eine Bundesverfassungsrevision zu machen für ein bernisches Problem, das die Berner selber lösen müssen. Ich bin überzeugt, dass es Lösungsansätze geben wird. Es war ja das erste Mal seit der Trennung des Juras vom Kanton Bern, dass der Berner Jura unter der Bundeskuppel nicht vertreten ist. Dementsprechend bin ich überzeugt, dass das bei der nächsten Wahl korrigiert werden kann. Es dürfte eine bessere Stimmabteilung geben. Die Parteien müssen ihre Verantwortung besser wahrnehmen, und es müsste möglich sein, dieses Problem durch eine entsprechende Listengestaltung zu beheben.

Denn der Vorstoss verlangt, dass wir das Prinzip, dass ein Kanton einen Wahlkreis bildet, einschneidend verändern müssten, und das will niemand. Wir wollen nicht in die Ursprünge der Eidgenossenschaft zurückkehren, und auch die Lösung, die vorgeschlagen wurde – und das ist eigentlich der Grund meiner Intervention –, würde die Welschbieler erheblich benachteiligen, denn wenn man beispielsweise zwei Wahlkreise machen würde, könnte man den zweisprachigen Teil des Kantons keiner dieser Sprachregionen zuweisen, und dementsprechend wären die Welschen von Biel nicht in der Klausel zur Sicherung der Minderheitenvertretung mit berücksichtigt.

Dementsprechend ist es sachlogisch, dass wir gleich handeln wie der Nationalrat und der Standesinitiative Bern keine Folge geben.

Berberat Didier (S, NE): Du moment que le rapporteur de la commission, qui avait préparé un texte, a renoncé à intervenir, je renonce aussi, même si j'estime que la situation est inquiétante. Bien qu'ils représentent 8 pour cent de la population du canton de Berne, les francophones ne sont pas du tout représentés parmi les 26 conseillers nationaux bernois.

*Der Initiative wird keine Folge gegeben
Il n'est pas donné suite à l'initiative*

11.312

Standesinitiative Waadt. Petition des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter

Initiative cantonale Vaud. Pétition de la Fédération suisse des fonctionnaires de police

Sistierung – Suspension

Ständerat/Conseil des Etats 20.03.14 (Sistierung – Suspension)

Präsident (Germann Hannes, Präsident): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme, die Vorprüfung dieser Initiative für mehr als ein Jahr zu sistieren.

Seydoux-Christe Anne (CE, JU), pour la commission: Réunion le 16 avril 2012, puis le 14 novembre 2013, la Commission